

Sanierung notwendig

Gesetzentwurf über den Städtebau wird vom Bundesrat zurückgehalten

Zu den Aufgaben der Zukunft, die von der Bundesregierung und der CDU/CSU gelöst werden müssen, gehört die Sanierung der Städte und Gemeinden. Ein entsprechender Gesetzentwurf des Kabinetts liegt bereits vor, leider konnte sich aber der Bundesrat noch nicht entschließen, grünes Licht für diesen Entwurf zu geben.

Soeben hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands in einem Brief an den Bundeskanzler Prof. Erhard gefordert, daß der Entwurf baldmöglichst dem Bundestag zugeleitet wird. Es geht der KPV darum, durch eine bundesgesetzliche Regelung die verschiedenen Maßnahmen einzelner Bundesländer zu koordinieren. Man erkennt bei der KPV keineswegs die Bedenken des Bundesrates, aber dennoch dürfe die Verabschiedung des Gesetzes nicht deshalb verzögert werden, weil diese Bedenken bestehen. Die schwierige Materie wird sowieso erfordern, daß bis zum Inkrafttreten des Gesetzes ein bis zwei Jahre vergehen werden. Wenn heute u. a. die finanz- und konjunkturpolitische Situation am Kapitalmarkt eine Ausweitung der Sanierung nicht erlaube, dann wisse man erst recht nicht, wie es in dem genannten Zeitraum damit aussehen werde. Allerdings sollten dann die Vorarbeiten soweit abgeschlossen sein, damit das Gesetz sogleich wirksam werden kann.

Worum geht es bei diesem Gesetzentwurf?

Nach der weitgehenden Beseitigung der allgemeinen Wohnungsnot muß es das Ziel der Wohnungspolitik sein, die Städte und Dörfer zeitgemäßen Bedürfnissen anzupassen und so zu gestalten, daß auf die Dauer gesunde Wohnverhältnisse gewährleistet sind. In welchen Größenordnungen diese Aufgaben hineinwachsen, mögen zwei Zahlen verdeutlichen: Nach einem vom Bundeswohnungsministerium erteilten Forschungsauftrag müssen in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren rd. 900 000 Wohnungen abgerissen werden, weil ihr Zustand eine Modernisierung nicht mehr gestattet. Daß die Erneuerung eines großen Teils unseres Wohnungsbestandes eine langfristige Aufgabe ist, wird auch klar, wenn man sich vor Augen hält, daß es im Bundesgebiet über zwei Millionen Wohnungen gibt, die 100 Jahre und älter sind.

Im Städtebauförderungsgesetz wird die Lösung der angedeuteten Probleme zu einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden erklärt, der Bund beteiligt sich durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln, durch die Übernahme von Bürgschaften und die Überlassung von Grundstücken an der Förderung städtebaulicher Maßnahmen.

Bei allen Maßnahmen im Rahmen dieses Gesetzes soll das Eigentum der bisherigen Eigentümer an Ihren Grundstük-

ken erhalten bleiben; ist das nicht möglich, so soll für die bisherigen Eigentümer Grundeigentum an anderer Stelle oder in anderer Rechtsform begründet werden.

Da die städtebaulichen Maßnahmen das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft und des Kapitalmarktes, auf Jahre hinaus in besonderem Maße beanspruchen werden, ist eine Abstimmung mit den übrigen Anforderungen der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft erforderlich. Das Städtebauförderungsgesetz schreibt deshalb die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage vor. Insofern kann die Städtebauförderung in idealer Weise als Konjunkturreserve dienen. Diese Reservewirkung kann alle negativen Momente

Fortsetzung Seite 2

Klare Mehrheiten schaffen

Dr. Adenauer: SPD soll sich von ungebetenen Wahlhelfern distanzieren

In einem Exklusiv-Interview mit der „Rundschau am Sonntag“ hat Bundeskanzler a. D. Dr. Adenauer die SPD aufgefordert, sich die Wahlhilfe der Kommunisten öffentlich zu verbitten.

In dem Interview erklärte Dr. Adenauer dem Leiter der Bonner Redaktion der „Rundschau am Sonntag“, Dankwart Reissenberger, auf eine Frage, die sich auf die Gefahren kommunistischer Unterwanderung bezog:

„Unsere Bevölkerung ist viel zu vernünftig, um den Parolen aus Pankow Glauben zu schenken. Aber ich bin darüber unterrichtet, daß gerade in letzter Zeit die kommunistische Infiltration in starkem Maße zugenommen hat. Die von Ostberlin gesteuerten illegalen kommunistischen Gruppen und ihre Mitläufer in der DFU haben sich zum Ziel gesetzt, die Regierung meines Freundes Meyers in Nordrhein-Westfalen zu stürzen.

Deshalb haben die Kommunisten auch empfohlen, alle ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Das muß jeder wissen, der am 10. Juli zur Wahl geht. Ich kann mir kaum vorstellen, daß die SPD diese Wahlunter-

stützung gewünscht hat, gerade als demokratische Partei sollte sie sich diese Wahlhilfe aber öffentlich verbitten. Um so mehr müssen wir alles tun, um die CDU bei den Landtagswahlen am 10. Juli zu stärken.“

Zur Frage „befürchten Sie nicht, Herr Bundeskanzler Adenauer, daß gerade ihre Partei unter einer gewissen Wahlmüdigkeit leiden wird, denn die letzten großen Wahlen haben ja erst vor zehn Monaten stattgefunden?“ erwiderte Dr. Adenauer:

„Wegen unserer gespannten außenpolitischen Lage wünsche ich dringend, daß die Wähler von Nordrhein-Westfalen so zahlreich wie möglich zur Wahlurne gehen. Manche politischen Torheiten sind überhaupt erst möglich geworden, weil die Bürger es versäumt haben, durch ihren Stimmzettel klare Mehrheiten zu schaffen.“

Mehr Sportmittel

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat auf Antrag des CDU-Abgeordneten Mengelkamp die Mittel für die Förderung des Leistungssportes um 650 000 DM von 5,53 Millionen DM auf 6,18 Millionen DM erhöht. Die zusätzlich bewilligten Mittel wurden auf besondere Schwerpunkte der zentralen Sportförderung verteilt. So wurden die Mittel für den allgemeinen Volkssport für Turnwarte und Sportlehrer um 110 000 DM auf 560 000 DM erhöht, der Ansatz für die Vorbereitung der Olympischen Spiele 1968 in Mexico wurde um 290 000 DM auf 1,79 Millionen DM angehoben. Hierdurch sollen Vorstudien im Hinblick auf die Höhenlage der Austragungsorte ermöglicht werden, damit die Deutsche Olympiamannschaft auf die daraus sich ergebenden zusätzlichen Anforderungen vorbereitet werden kann. Weiter wurden die Mittel für den Deutschen Sportbund und das Nationale Olympische Komitee um 100 000 DM auf 550 000 DM erhöht. Auch die jugendsportliche Arbeit wurde mit einem erhöhten Betrag von 200 000 DM bedacht, und schließlich wurde die sportmedizinische Forschung mit einem um 100 000 DM erhöhten Betrag von jetzt insgesamt 250 000 DM ausgestattet. Die Haushaltsgruppe der Koalition hat mit dieser beachtlichen Erhöhung der Mittel auch im Jahre 1966 ihr besonderes Verständnis für die Belange des Sportes bekundet.

Sanierung notwendig

Fortsetzung von Seite 1

auffangen, die sich für die Bauwirtschaft aus dem natürlichen Rückgang des Wohnungsbaues ergeben könnten. Dieser Wandel in der Aufgabenstellung wird dadurch betont, daß die Verwendungsmöglichkeit der Rückflüsse des sozialen Wohnungsbaues erweitert wird. In Zukunft sollen die Rückflußmittel, die aus den Zins- und Tilgungszahlen früher gegebener öffentlicher Mittel bestehen und nur für den sozialen Wohnungsbau wiederverwendet werden durften, auch für allgemeine Wohnungsbaumaßnahmen im Rahmen des Städtebaues eingesetzt werden können.

Der Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes befaßt sich in getrennten Teilen mit der Sanierung und Entwicklungsmaßnahmen. Es wurde u. a. die Möglichkeit geschaffen, neben dem Bundesbaugesetz noch zusätzliche Vorschriften einzuführen. So soll z. B. sichergestellt werden, daß die Sanierung nicht zur Spekulation ausgenutzt wird. Der Entwurf geht weiter von dem Grundsatz aus, daß die Sanierung nach Möglichkeit von den bisherigen Grundstückseigentümern selbst durchgeführt wird. Nur wenn die zweckmäßige Durchführung der Sanierung nicht gewährleistet ist, kann die Gemeinde einen geeigneten Sanierungsträger beauftragen. Dieser soll verpflichtet sein, das Eigentum an Grundstücken, das er zur Durchführung der Sanierung erworben hat, später zu privatisieren.

Anders als bei Sanierungen geht der Gesetzentwurf bei Entwicklungsmaßnah-

England soll EWG beitreten

Adenauer mahnt zur Festigung der Freundschaft mit Frankreich

Der frühere Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hat Deutsche und Franzosen aufgerufen, das Band der Freundschaft zwischen beiden Völkern zu festigen. Ohne eine enge Verbindung zwischen Deutschen und Franzosen werde es kein Europa geben, sagte Adenauer in der saarländischen Gemeinde Berus (Kreis Saarlouis), wo er unweit der französischen Grenze den ersten Spatenstich für ein „Denkmal der europäischen Einigung“ tat.

Das Denkmal, das in über 300 Meter Höhe auf dem Boden einer oft umstrittenen alten Bergfeste errichtet wird, ist den „Großen Europäern“ gewidmet. Es wird aus zwei zwölf Meter hohen turmartigen Pylonen bestehen. Eine Inschrift soll an das Wirken Robert Schumans für die europäische Einigung erinnern. Für später ist auch eine Inschrift für Adenauer vorgesehen.

Der frühere Bundeskanzler nannte „seinen Freund“ Schuman einen klugen und menschlichen Politiker, der sehr früh erkannt habe, daß es ohne ein einiges Europa für beide Völker kein Überleben gebe. Trotz aller „Wirren und Widerstände“ gelte es, das Erbe Schumans zu vollenden.

Dr. Adenauer unterzeichnete eine Urkunde, die später in den Grundstein eingefügt werden wird. In der Urkunde heißt es, das Denkmal solle auf historischem Boden „Zeugnis vom europäisch-christlichen Glauben an die geschichtsbildende

Handlungskraft der einzelnen Persönlichkeit“ geben. Wo einst im Zeichen des nationalen Gegensatzes trutzige Bauten errichtet wurden, solle es in alle Zukunft von der deutsch-französischen Aussöhnung künden.

Der saarländische Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder meinte, die deutsch-französische Freundschaft sei in beiden Völkern bereits verwurzelt. Doch müsse sie auch ein fester Bestandteil der Politik werden.

In der Europa-Festhalle in Montignyles-Metz hatte sich eine große Schar von Politikern und Diplomaten eingefunden, unter ihnen die ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Paul Reynaud und Pierre Pflimlin, der Präsident des Europäischen Parlamentes, Alain Poher, und der einstige luxemburgische Regierungschef Besch, sowie die beiden Initiatoren der Adenauer-Stiftung, der Präsident der Vereinigung der Freunde Robert Schumans und Bürgermeister von Montignyles-Metz, Joseph Schaff, und der saarländische Wiederaufbauminister Helmut Bulle.

Der geistige Schöpfer der Montan-Union, Jean Monnet, überreichte Dr. Adenauer die erste goldene Medaille, die von den Freunden Robert Schumans für hervorragende Leistungen im Interesse unseres Kontinents gestiftet worden ist. Monnet würdigte in einer großen Laudatio das Lebenswerk Adenauers und sprach die Hoffnung aus, daß auch Großbritannien bald dem Gemeinsamen Markt beitreten werde. Die europäischen Staaten müßten im Zeitalter der Atomwaffen endgültig Abschied nehmen von Anschauungen und Verhaltensweisen, denen sie anhängen, als sie noch die Vorherrschaft in der Welt ausübten. Es stehe außer Zweifel, daß ein vereintes, starkes Europa geschaffen werden müsse, wenn wir zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Amerika gelangen und eine friedliche Koexistenz zwischen Ost und West praktizieren wollen.

Nach dem Festakt in Montigny besuchte Konrad Adenauer das Wohnhaus Robert Schumans in Scy-Chazelles auf einer Anhöhe über der Mosel und legte anschließend am Grab seines europäischen Freundes einen Kranz nieder.

Kurz zuvor hatte der Rat der Stadt Trier den früheren Bundeskanzler zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Damit wurde ein einstimmiger Beschluß des Rates vom Dezember vergangenen Jahres verwirklicht. Auch im Mittelpunkt dieser Ehrung stand die Erinnerung an die ehemaligen Verdienste, die sich Dr. Adenauer um die deutsch-französische Freundschaft erworben hat.

Die Chance heißt Einheit

Prof. Hallstein und Josef Illerhaus vor dem Europäischen Parlament

Europa habe nur als Einheit eine Chance, weiter Partner der Weltmächte zu sein, betonte der Präsident der EWG-Kommission, Prof. Dr. Hallstein, vor dem Europäischen Parlament während der Juni-Sitzung. Vor ihm hatte sich der Fraktionsvorsitzende der Christlichen Demokraten, Josef Illerhaus, MdB, ebenso energisch für die Fortführung der europäischen Politik ausgesprochen.

Der Präsident des EWG-Ministerrates nahm in der Juni-Sitzung zu der Tätigkeit der Gemeinschaft Stellung. In der sich hieran anschließenden Diskussion ergriff als erster der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Fraktion, Josef Illerhaus, das Wort. Er stellte mit Befriedigung fest, daß Rat und Kommission der EWG die sich nach Überwindung der Krise des vergangenen Jahres ergebenden Chancen in einem nicht unerheblichen Maße genutzt hätten. Er erwähnte dabei insbesondere die Einigung über die Agrarfinanzierung und über das Verhandlungsmandat für die Kennedy-Runde. Fester politischer Wille aller Partner sei hierzu erforderlich gewesen. Allein dieser Wille werde es auch ermöglichen, die in der Zukunft anstehenden vielfältigen Probleme zu meistern. Illerhaus nannte aus dem umfangreichen Katalog der noch anstehenden Fragen vor allem:

den Abbau der Steuergrenzen innerhalb der Gemeinschaft als notwendige Ergänzung der bis zum 1. Juli 1968 vorgesehenen Abschaffung aller Zölle und Kontingente,

die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen,

die Praktizierung einer gemeinsamen Konjunkturpolitik sowie einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik,

die beschleunigte Verwirklichung einer gemeinsamen Energie-, Verkehrs- und Regionalpolitik,

Maßnahmen auf dem sozialpolitischen Sektor, u. a. bei der Reform des Europäischen Sozialfonds und bei der Koordinierung der Berufsausbildungspolitik,

baldige Fortschritte bei der Herstellung der gemeinsamen Handelspolitik (GATT-Verhandlungen, Politik gegenüber den Staatshandelsländern usw.),

Öffnung der Gemeinschaft für beitriffs- oder assoziationswillige Länder Europas.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung all dieser Probleme sei, so betonte Fraktionsvorsitzender Illerhaus, ein funktionsfähiges und ausgewogenes Verfassungsgefüge der Gemeinschaft. Dabei unterstrich er die politische Bedeutung der künftigen fusionierten Kommission sowie die Notwendigkeit einer Stärkung des demokratischen Elements.

In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Präsident Hallstein bei der Vorlage des 9. Gesamtberichts der EWG. Er betonte, daß die gemeinschaftliche wirtschafts- und sozialpolitische Arbeit, die den europäischen Organen aufgegeben ist, der unzerstörbare Kern der aktuellen europäischen Einigung ist. Europa habe nur als Einheit eine Chance, ein unabhängiger und gleichberechtigter Partner der Weltmächte zu sein; ein Verharren in der Zersplitterung und in den inneren Gegensätzen würde es zum Balkan der Welt machen und eine ständige Einladung an die anderen bedeuten, ordnend in den europäischen Raum einzugreifen. Die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit sei kein Selbstzweck. Denn das historische Entscheidende sei nicht, daß materielle Interessen besser befriedigt werden, sondern daß die europäischen Menschen mehr und mehr die Ordnung ihrer kollektiven Bedürfnisse als eine gemeinsame Aufgabe ansehen, daß sie daher die Gewohnheit entwickeln, diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen.

Hilfe für Krankenhäuser

Nordrhein-Westfalen beseitigt Engpaß beim Krankenhausbau

In den vergangenen vier Jahren hat das Land Nordrhein-Westfalen allein 57 Millionen DM für den Bau von Langzeit-Krankenhäusern aufgebracht, einem Krankhaustyp, der bisher als Engpaß galt.

Krankenhausbetten müssen immer bereitstehen für schwere Fälle. Das ist teuer. Auch mangelt es im Zeitalter der Vollbeschäftigung oft an dem nötigen und gut geschulten Pflegepersonal. Vor allem wird in Krankenhäusern oft geklagt, daß alte Menschen monatelang den jungen, aber schwerkranken Menschen Betten und Personal „wegnehmen“. Denn viele alte Menschen brauchen Pflege, wie sie zu Hause nicht mehr gegeben werden kann, sondern nur in Krankenhäusern möglich ist, ohne daß sie sich in akuter Lebensgefahr befinden.

Daher hat die nordrhein-westfälische Landesregierung ihr besonderes Augenmerk auf die Entwicklung und den Bau von Langzeit-Krankenhäusern gelegt und

damit gleichzeitig auch einen entscheidenden Schritt auf dem Sektor der Altenfürsorge nach vorn getan. Gegenwärtig befinden sich fünf große Projekte von Langzeit-Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen im Bau oder in einem weit fortgeschrittenen Stadium der Planung: in Düsseldorf, Leverkusen, Bielefeld, Köln und Krefeld.

Das Land hat für die Förderung dieser Projekte, die in das Ressort des Arbeits- und Sozialministers Konrad Grundmann fallen, rund 57 Mill. DM eingesetzt. Hiermit werden etwa 1100 Betten für Kranke eingerichtet, bei denen ein langandauernder Aufenthalt in einem Krankenhaus zu erwarten ist.

Am Rande

Das Gezerre um den Redneraustausch hat das wahre Gesicht der kommunistischen Machthaber in der Sowjetzone gezeigt. Nicht nur die SPD, wir alle haben daraus die Lehre zu ziehen, daß in gesamtdeutschen Fragen nur wirksam operiert werden kann, wenn die demokratischen Parteien der Bundesrepublik an einem Strang ziehen. Um so befreundlicher mutet es an, wenn der Berliner Bürgermeister Brandt die Bundesregierung plötzlich scharf attackiert, nur weil sie es ablehnt, sich von den Kommunisten in der Frage der Weiterführung der Berliner Passierscheinstelle für Härtefälle politisch erpressen zu lassen.

Es ist schon bedauerlich, wenn Brandt und der Berliner Senat nicht gemerkt haben sollten, daß der von den beiden Unterhändlern ausgehandelte Kompromißentwurf einen Pierdefuß hat. Diesem Entwurf fehlt die bisher übliche Unterschriftenklausel, nach der sich beide Seiten über die gegenseitigen Orts- und Amtsbezeichnungen nicht geeinigt haben. Was das Pankower Regime damit bezweckt, ist klar: Pankow will damit seine Anerkennung als zweiter deutscher Staat „beweisen“. Wenn nicht gleich heute, so bestimmt morgen.

Noch bedauerlicher aber ist es, daß der Berliner Bürgermeister den Entwurf des Kompromisses der Bundesregierung zustellt, zugleich aber schon verkündet, daß diese Sache gut und beschlossen sei. Seine Bemerkung, daß man „doch nicht mehr erreichen“ könnte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verhandlungspraktiken oder auf die Vorstellungen Brandts, wie man mit Kommunisten verhandeln muß. Gerade nach dem Scheitern des Redneraustausches besteht auf unserer Seite aller Anlaß, auf Positionen zu beharren, die uns bisher nicht bestritten worden sind. Aber offenbar hat man im Berliner Senat überhaupt eine seltsame Einstellung zur Solidarität der demokratischen Kräfte der Bundesrepublik. Denn sonst könnte der Stellvertreter Brandts, Bürgermeister Albertz, sich kaum zu einer Bemerkung hinreißen lassen wie dieser: Mit dem Gesetz über das „freie Geleit“ für SED-Funktionäre in der Bundesrepublik sei Ulbricht „sozusagen auf silbernem Tablett“ die Möglichkeit zu einer Absage des Redneraustausches überreicht worden.

Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Bundesregierung, darüber zu wachen, daß auch bei Passierscheinvereinbarungen keine politischen Preise gezahlt werden, die unwiderruflich sind. Die Bundesregierung hat den Berliner Senat gebeten, die Besprechungen mit Ziel von Änderungen wiederaufzunehmen. Dagegen sollte sich der Berliner Senat nicht weiter sträuben. Alleingänge nützen nichts, vielmehr muß gemeinsam alles darangesetzt werden, die Erleichterungen für die Berliner Bevölkerung ohne Erpressung durchzusetzen.

Elternrecht respektieren

CDU-Württemberg-Hohenzollern äußert sich zur Schulfrage

Der Landesvorstand der CDU Württemberg-Hohenzollerns hat am 25. Juni bei seiner konstituierenden Sitzung in Friedrichshafen nach eingehender Aussprache eine Entschließung zur Schulfrage beschlossen.

In der Entschließung heißt es:

„Der Landesvorstand der CDU Württemberg-Hohenzollern bittet den Ministerpräsidenten, den Kultusminister und die CDU-Landtagsfraktion,

● sich nachdrücklich einer von anderer Seite etwa erwogenen Beseitigung des in der Landesverfassung verankerten Rechts der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder und damit auch die jeweilige Schulform mitzubestimmen, mit aller Entschiedenheit zu widersetzen

● eine Lösung der Schulfrage im Regierungsbezirk Südwestfalen-Hohenzollern anzustreben, die das Recht der Eltern, die Schulform mitzubestimmen, in einer Weise ordnet, die einmal die Bildung von Jahrgangsklassen innerhalb der Hauptschule (Klasse 5 bis 9) und damit die Verwirklichung des Schulentwicklungsplanes sicherstellt und zum anderen den berechtigten Wünschen konfessioneller Minderheiten soweit wie möglich entgegenkommt.

Der Landesvorstand empfiehlt der CDU-Landtagsfraktion, sich dafür einzusetzen, daß vor der endgültigen gesetzlichen Regelung der Schulfrage dem Bezirks-Elternbeirat und anderen berufenen Vertretern der Elternschaft in Südwestfalen-Hohenzollern Gelegenheit gegeben wird, dem Landtag die Ansichten der Eltern zu dieser Frage vorzutragen.“

Entsprechend dem Beschluß des Landesparteitages in Saulgau, den in der Satzung der baden-württembergischen

CDU vorgesehenen Landesausschuß im Zusammenwirken mit den drei anderen Landesverbänden nunmehr zu aktivieren, hat der Landesvorstand in Friedrichshafen die Vertreter der südwestfälischen CDU für dieses Gremium gewählt. Es sind dies neben dem Landesvorsitzenden Eduard Adorno MdB, der dem Landesausschuß kraft seines Amtes angehört, die stellv. Landesvorsitzenden Robert Gleichauf, MdL und Richard Brü-

ner sowie die Bundestagsabgeordneten Dr. Helmut Praßler und Dr. Heinrich Geißler.

Schließlich wählte der Landesvorstand entsprechend der Satzung vier weitere Mitglieder in den Geschäftsführenden Landesvorstand, der sich nunmehr für zwei Jahre folgendermaßen zusammensetzt: Landesvorsitzender Eduard Adorno MdB, stellvertretende Landesvorsitzende Robert Gleichauf, MdL, Dr. Gerd Weng, MdL, Julius Steiner, Richard Brügger und Prof. Dr. Ludwig Heieck, Landesschatzmeister Rudolf Steinle, Landespressereferent Klaus Jaeger, sowie die vom Landesvorstand gewählten vier weiteren Mitglieder Dr. Heinrich Geißler, MdB, Landtagsvizepräsident Franz Gog, Eugen Maucher, MdB und Stadträtin Toni Rauscher.

Es geht vorwärts

Bund erhöht die Mittel für den Hochschulbau

Bundeswissenschaftsminister Dr. Stoltenberg hat in Marburg neue Förderungsmaßnahmen des Bundes für den Hochschulbau angekündigt. Danach wird der Bund 75 von 114 auf der sogenannten Negativliste des Wissenschaftsrates stehenden Hochschulprojekte finanziell unterstützen.

Bei den noch verbliebenen 39 Bauvorhaben handelt es sich um Projekte, die sich z. Z. noch im Zustand der Planung befinden und daher im laufenden Jahr nicht mehr berücksichtigt werden können. Die vom Bundeskabinett getroffene Entscheidung muß am 8. Juli noch vom Wissenschaftsrat gebilligt werden.

Mit dieser Maßnahme dürften auch die dauernden Klagerufe solcher Bildungsfachleute gedämpft werden, die unentwegt den Ruf nach „mehr Geld“ auf den Lippen führen und den Bund mit unqualifizierten Vorwürfen in dieser Hin-

sicht überhäufen. Erst kürzlich bestätigte der nordrhein-westfälische Kultusminister Prof. Mikat dem Bund, daß er seinen im Abkommen zwischen Bund und Ländern fixierten finanziellen Verpflichtungen auf dem Gebiet des Hochschulbaus noch immer nachgekommen sei.

Daß der Bund dem Hochschulbau eine für die Wissenschaftspolitik entscheidende Bedeutung beimißt, zeigte sich auch in der Ankündigung von Minister Dr. Stoltenberg, nach der im Kabinett ernsthaft überlegt werde, wie der Betrag von 2,6 Milliarden DM, der dem Bedarf des Jahres 1964 entsprach und somit im damals zwischen Bund und Ländern getroffenen Finanzierungsabkommen seinen Niederschlag fand, erheblich erhöht werden könne. Heute seien nach Schätzungen von Experten 10 bis 12 Milliarden DM für diese Maßnahmen erforderlich.

Minister Dr. Stoltenberg wandte sich auch gegen die wiederholte in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, um die deutsche Wissenschaft sei es jämmerlich bestellt. Was die klassischen Bereiche der deutschen Wissenschaft angehe, erklärte Dr. Stoltenberg, sei der alte hohe Stand in diesen Disziplinen wiedererlangt. Die deutsche Atomforschung, die erst 1955 aufgenommen werden konnte, habe ebenso erhebliche Fortschritte zu verzeichnen und sei in ihrer Arbeit hinter den führenden Nationen nicht mehr weit zurück.

Die Freiheit schützen

Vor einem Schulstreit in Rheinland-Pfalz?

Die CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz ist mit einem FDP-Antrag nicht einverstanden, in Zukunft die sogenannte Hauptschule nur noch als christliche Gemeinschaftsschule einzurichten. In dieser Woche wird über die Haltung in der CDU wahrscheinlich die endgültige Entscheidung fallen.

In der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses war vom Vorsitzenden der FDP-Fraktion ein Antrag seiner Partei angekündigt worden, den neuen Hauptschulen in Rheinland-Pfalz den Status christlicher Gemeinschaftsschulen zu verleihen. Im Landtag beschäftigt man sich zur Zeit mit dem Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes. Die FDP ist der Ansicht, daß in den Entwurf ihre Vorstellung hineingearbeitet werden muß: Das erste bis vierte Schuljahr sollen als Grundschule in der Gemeinde bleiben und den Eltern die Wahl zwischen Gemeinschafts- und Bekenntnisschule erlauben. Das fünfte bis neunte Volksschuljahr sollen dann in der zentral gelegenen Hauptschule abgeleistet werden, die nach Ansicht der FDP stets in der Form einer christlichen Gemeinschaftsschule geführt werden soll.

Die SPD scheint bereit zu sein, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Die CDU-Fraktion hatte die Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses nach der überraschenden Ankündigung der FDP vertagen lassen. In einer Fraktions-Sondersitzung entschied sie, daß die Forderung der FDP das Elternrecht zu stark einschränke. Nur bei sorgsamer Beachtung des Rechtes der Eltern, die Schulart für ihre Kinder frei zu wählen, könne ein modernes und freiheitliches Schulsystem sich entwickeln. Diese Ansicht äußerte Fraktionsvorsitzender Dr. Kohl im Namen der CDU.

Voraussichtlich zum Ende dieser Woche werden die christlichen Demokraten in einer Fraktionssitzung ihre Haltung endgültig festlegen.

Jüngere Berliner CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird nach der nächsten Wahl erheblich verjüngt sein. 40 bis 45 Prozent der CDU-Abgeordneten werden nicht mehr kandidieren. Elf Mitglieder der CDU-Fraktion haben bereits verzichtet oder sind von den Kreisverbänden nicht aufgestellt worden.

Beamten wird geholfen

Bundesinnenminister Paul Lücke legt Besoldungsgesetz vor

Bundesinnenminister Paul Lücke hat Wort gehalten: am 21. April 1966 kündigte er im Bundestag an, er werde noch vor der Sommerpause als ersten Schritt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Besoldungsrechts vorlegen — jetzt hat er den Entwurf eines „Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes“ den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet.

Der neue Gesetzentwurf enthält folgende Schwerpunkte:

Die Besoldungsverhältnisse der Bundesbeamten werden den Regelungen in den Ländern wesentlich angenähert.

Auf der Grundlage der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes soll eine stärkere Bindung der Länder und der Gemeinden im Hinblick auf die Ämterbewertung herbeigeführt werden.

Im Hinblick auf die Gehaltsstruktur soll der Entwurf einen bedeutsamen Beitrag in Richtung auf eine endgültige spätere Neuregelung leisten.

Die Endgehälter sollen früher erreicht werden; das gilt insbesondere für die unteren Besoldungsgruppen.

Wirklich hervorragende Leistungen sollen stärker gewürdigt werden; hierzu gehört vor allem die Errichtung neuer Beförderungssämter und

eine Vereinfachung des Verfahrens zur Berechnung des Besoldungsdienstalters und schließlich Verbesserungen für hochqualifizierte Forschungsbeamte.

Bei diesem Entwurf handelt es sich um einen ersten Schritt, mit dem aus Gründen der Gerechtigkeit sichergestellt werden soll, daß das Dienstrecht mehr als bisher auf eine gemeinsame Grundlage gestellt wird. „Getrennte Maßnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden“, sagte Lücke, „fügen dem Beamtentum ernsthaften Schaden zu und gefährden auf die Dauer seinen Bestand überhaupt.“ Zu dem von Lücke vorbereiteten Stufenplan wird auch eine Ergänzung des Grundgesetzes gehören müssen, damit die Einheitlichkeit des Besoldungsrechts wiederhergestellt und künftig gewahrt werden kann.

Mißlungener Trick

Die überall mit allerdings unterschiedlichem Erfolg rührigen Funktionäre der NPD haben in der Bremischen Bürgerschaft eine Niederlage hinnehmen müssen. Die vier Abgeordneten der DP hatten beantragt, sich künftig „Bürgerchaftsgruppe der NPD“ nennen zu dürfen. Das wurde ihnen mit der Begründung untersagt, die NPD habe die Fünf-Prozent-Klausel der Landesverfassung nicht erreicht. Fritz Thielen, Chef der Nationaldemokraten des Bundes und Bürgerschaftsabgeordneter der DP in Bremen, hatte sich offenbar durch den Trick, das Firmenschild zu wechseln, eine Aufwertung seiner Partei versprochen; denn alle ehemaligen DP-Abgeordneten in Bremen verfügen mittlerweile über das NPD-Parteibuch.

Bei den weiteren Maßnahmen zur Besoldungsneuregelung denkt der Bundesinnenminister insbesondere an Vorschläge zur Besoldungsstruktur, die dem Leistungsprinzip mehr Geltung verschaffen:

● Die Beamtenbesoldung muß jungen, begabten Menschen einen Anreiz bieten, den Beamtenberuf überhaupt zu ergreifen.

● Die Anfangsgrundgehälter in den einzelnen Laufbahngruppen sollen überprüft werden, um eine Harmonisierung zu erreichen.

● Da die heutige Zusammensetzung der Beamtengehälter aus Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzuschlag unserer gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr gerecht wird und der nach den Ortsklassen A und S gestaffelte Ortszuschlag an

der Wirklichkeit vorbeigeht, soll bei dem neuen Aufbau des Gehaltssystems die Grundstufe des Ortszuschlages in das neue Grundgehalt eingebaut und ein Sozialzuschlag eingeführt werden.

Ziel dieses Stufenplanes soll es sein, das Berufsbeamtentum zu festigen. „Es kann keinen Zweifel darüber geben“, sagte Lücke dazu, „daß wir auch in Zukunft ein unabhängiges, dem Menschen zugewandtes, dem Gemeinwohl verpflichtetes und den zukünftigen Aufgaben aufgeschlossenes Beamtentum brauchen; ein Beamtentum, das dazu beiträgt, dem Staat die Sicherheit nach innen zu gewährleisten, ohne die unser Vaterland und unser Volk in Freiheit nicht bestehen kann.“ Ohne den pflichtbewußten Einsatz der Beamten in Bund, Ländern und Gemeinden und ihre Opferbereitschaft wäre der großartige Aufbau unseres sozialen Rechtsstaates im bisherigen Umfang nicht möglich gewesen.

Paul Lücke hat klar erkannt, daß die im 5. Besoldungserhöhungsgesetz vom 23. Dezember 1965 enthaltenen Gehaltsverbesserungen (Gehaltserhöhung um je 4 Prozent zum 1. Januar und zum 1. Oktober 1966) nicht ausreichen, um das von ihm angestrebte Ziel der Schaffung und Sicherung eines modernen, leistungsfähigen Beamtentums zu erreichen.

Fernsehen und Hörfunk

Wettlauf

Mit großer Spannung warten alle politisch Interessierten auf das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am kommenden Sonntag, die nicht nur im größten Land der Bundesrepublik als das wichtigste Barometer für die politische Willensbildung der Bevölkerung gelten. Vom Ausgang dieser Wahl hängt viel ab für den künftigen Kurs der deutschen Politik, denn er ist entscheidend für die weitere Zusammensetzung des Bundesrates, der wiederum maßgeblichen Einfluß auf die Durchführung der Politik von Bundesregierung und Bundestag hat.

Es ist allzu verständlich, wenn nicht nur die Bevölkerung an Rhein und Ruhr angesichts einer so ausschlaggebenden Wahlentscheidung möglichst frühzeitig wissen möchte, wie deren Ergebnis ist. Der Westdeutsche Rundfunk kommt diesen Wünschen entgegen, er hat sogar vor, den amtlichen Stellen über Hörfunk und Fernsehen „ein Schnippchen zu schlagen“ — wie er es selbst in einer Presseverlautbarung erklärte — und gewissermaßen in einem Wettlauf mit der Zeit ein Ergebnis vorzulegen, das dem endgültigen Resultat sehr, sehr nahe kommt.

Der WDR sammelte in dieser Hinsicht bei den Bundestagswahlen im Herbst 1965 erste Erfahrungen. Während das endgültige Ergebnis erst in den frühen Morgenstunden des Montag vorlag, sagte der WDR „bis auf Zentelprozente“ schon am Sonntag um 22.45 Uhr das Endergebnis voraus. Eine Bravourleistung, die mit Hilfe einer Reihe hochqualifizierter Sozialwissenschaftler und von Computern erreicht wurde. Dazu der WDR: „Am Abend des 19. September wurde Millionen Menschen in der Bundesrepublik demonstriert, wozu elektronische Rechen-

anlagen in der Lage sind, wenn man den rechten Gebrauch von ihnen macht.“

Nach einem ähnlichen System, bei dem zwischen 18 und 32 der insgesamt 150 nordrhein-westfälischen Wahlkreise berücksichtigt werden, will der WDR auch diesmal arbeiten. Dazu sollen 48 der rund 12 000 Wahlkreise des größten Bundeslandes erfaßt werden, die nach langwierigen soziologischen Untersuchungen so etwas wie ein Modell Nordrhein-Westfalens darstellen! In der Praxis bedeutet das, daß die Computer schon mit ziemlicher Sicherheit vorherberechnen können, wie die 200 Landtagssitze verteilt werden, selbst wenn erst die Ergebnisse von 20 bis 30 „typischen“ Wahlkreisen vorliegen.

Das Dritte Programm des WDR-Fernsehens hat noch mehr vor. Es stellt sein gesamtes Abendprogramm am 10. Juli in den Dienst der Berichterstattung über die Landtagswahl. Um 19 Uhr beginnt die Sendung „Gewählt — gezählt“, von der Fachleute annehmen, daß sie bereits gegen Mitternacht beendet sein wird. 20 Mitarbeiter sind für den Redaktionsstab in der Düsseldorfer Zentrale des III. Fernsehens vorgesehen. Weitere 21 Reporter und Redakteure versuchen, an zehn Brennpunkten des Landes Eindrücke vom Wahltag, erste Ergebnisse und Kommentare von Wahlsiegern und -verlierern sowie kurze Analysen den Zuschauern zu vermitteln. Die Bedeutung dieser Sendung wird um so größer, wenn man weiß, daß rund drei Viertel der Fernsehzuschauer des WDR dieses Programm empfangen können. Der Wettlauf mit der Zeit kommt also allen politisch Interessierten entgegen, die Rundfunk und Fernsehen in erster Linie als eine unmittelbare Informationsquelle betrachten. — dz —

„Nachwuchspläne“ nicht erfüllt

Noch immer großer Ärztemangel in Mitteldeutschland

In Mitteldeutschland herrscht noch immer großer Mangel an Ärzten und medizinischem Personal. Die Gesamtzahl der Ärzte beträgt gegenwärtig 17 300 gegenüber 83 400 in der Bundesrepublik. Kommt in der Bundesrepublik auf 647 Einwohner ein Arzt, so in der Zone auf 1000 Einwohner.

Besonders fühlbar macht sich der Mangel an Fachärzten bemerkbar. Auch die Zahl der Zahnärzte und der Apotheker ist in den letzten Jahren in Mitteldeutschland fast konstant geblieben. So gibt es gegenwärtig zwischen Elbe und Oder 6046 Zahnärzte, etwa 1000 Tierärzte und 2515 Apotheker. Der Mangel an medizinischen Fachkräften ist vor allem eine Folge der staatlichen Maßnahme gegen die Ärzte, die seit 1956 gezwungen werden, ihre Selbständigkeit aufzugeben und dafür staatliche Arztpraxen zu übernehmen. Vor allem aus diesem Grunde flüchteten bis zur Errichtung der Mauer in Berlin über 3000 Ärzte in die Bundesrepublik.

Trotz aller Anstrengungen konnten die zonalen Behörden auch alle „Nachwuchspläne“ nicht erfüllen. Es wird noch Jahre dauern, ehe die Lücken geschlossen sind. Um der ärgsten Not abzuhelfen, sollen in den nächsten Monaten in verstärktem Maße Ärzte aus den Ostblockstaaten, insbesondere aus Polen, Ungarn und aus der Tschechoslowakei an Krankenhäuser in Mitteldeutschland verpflichtet werden. Unzureichend ist auch nach wie vor die Unterbringung der Patienten in den Krankenhäusern. Für die 17 Millionen stehen gegenwärtig 816 Krankenhäuser mit 200 000 Betten zur Verfügung. Mitgezählt

sind dabei aber die 94 Krankenhäuser mit insgesamt 22 000 Betten, die von der Katholischen und von der Evangelischen Kirche unterhalten werden.

Nicht jeder der 191 Kreise mit einer durchschnittlichen Bevölkerung von 63 000 Einwohner verfügt schon über ein eigenes Krankenhaus. Neben den 816 Krankenhäusern gibt es in Mitteldeutschland noch 409 Polikliniken, 243 allgemeine Ambulatorien, 386 Landambulatorien und 187 Betriebsambulatorien.

Essen hat wichtigere Aufgaben

Landesregierung will mit Zuschüssen „zurückhaltender“ sein

Wenn die Stadt Essen darauf bestehen sollte, ihr kostspieliges Rathausprojekt durchzusetzen, dann könnte es dazu führen, daß aus finanziellen Erwägungen die Stadt bei der Vergabe von Sonderzuschüssen künftig „zurückhaltender“ behandelt werde, erklärte Dr. Meyers in einer Pressekonferenz.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Meyers meinte zu den aufwendigen Plänen der Essener Sozialdemokraten: „Wir sind mit den öffentlichen Finanzen jetzt in einer so schwierigen Lage, daß wir unbedingt Dring-

lichkeitsstufen für die großen Aufgaben festlegen müssen. Das heißt, zuerst kommen Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und Straßen und erst dann nach langem Abstand Verwaltungsgebäude.“

Das Kabinett, so erklärte Dr. Meyers, habe sich in der letzten Zeit in drei Sitzungen mit diesen Problemen beschäftigt. Es sei durchaus möglich, „daß wir schon angefangene überflüssige Bauten stoppen und zurückstellen werden, um wichtige Bauten vorzuziehen, die in der Planung sind.“ Der Ministerpräsident sagte ausdrücklich, daß diese Überlegungen nicht auf wahltaktischen Gründen beruhen, sondern ausschließlich von der Vernunft diktiert würden.

Daß die Stadt Essen für dringende Investitionsaufgaben kein Geld übrig hat, ging aus den weiteren Ausführungen Dr. Meyers hervor, der sagte, daß ihm Oberbürgermeister Nieswandt schon einige Male um beträchtliche Mittel für den Kauf von Grundstücken zur Ansiedlung neuer Industrien gebeten habe. Dazu sagte der Ministerpräsident: „Wenn das der Stadt so wichtig ist, dann kann ich doch erwarten, daß sie ihr Rathaus nicht verkauft und ein neues baut, sondern sich behilft und die wichtigen Dinge zuerst tut.“ Wenn sich jemand ein neues, teures Rathaus baue, dann müsse er offenbar dafür auch Geld haben, und da werden wir eben zurückhaltender sein, weil es Hilferufe aus Gemeinden gibt, die in ihrer Existenz wirklich gefährdet sind.“

Inzwischen hat der für Kommunalangelegenheiten zuständige Minister der Landesregierung den Regierungspräsidenten angewiesen, den Rathaus-Plan nicht zu genehmigen, wenn dadurch in Essen notwendige Aufgaben, wie Schul- und Krankenhausbau durch teure Darlehen finanziert werden müssen.

Parteien im Endspurt

11,3 Millionen Wähler gehen zur Wahlurne

Der Endspurt des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen ist beendet. In einigen Tagen wird die Bevölkerung entscheiden, ob wie bisher, das größte Bundesland von Dr. Meyers und den bewährten Kräften der Union regiert wird.

In den letzten Wochen haben sich die beiden großen Gegner, CDU und SPD, einen harten, aber fairen Wahlkampf geliefert. Während die CDU auf Leistungen und Erfolge verweisen und dem Wähler eine ganze Garnitur bewährter Landespolitiker vorstellen kann, versprach die SPD wie in allen anderen Wahlkämpfen,

alles noch besser machen zu wollen. Ausbau des Schulwesens, Wohnungsbau und eine bessere Verkehrspolitik waren die Wahlparolen der SPD, die aber übersah, daß gerade auf diesen Gebieten die Union bereits eindrucksvolle Erfolge erzielt und weitere Maßnahmen eingeleitet hat, um Nordrhein-Westfalen zum modernsten Bundesland zu gestalten.

Daß am 10. Juli die 11,3 Millionen sich im wesentlichen zwischen CDU und SPD entscheiden werden, darf auf Grund des Zweiparteientrends als sicher vermutet werden. Von den kleineren Parteien hat lediglich die FDP Aussicht, die 5 Prozent-Hürde zu überspringen. Die Zentrums- und die Unabhängige Arbeiterpartei, die Freisoziale Union, die in 23 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat, haben nicht die geringste Chance. Die links- und rechtsradikalen Parteien, DFU und NPD haben von vornherein verzichtet, sich bei diesen Wahlen zu beteiligen. Die DFU hat ihren Mitgliedern nahegelegt, ihre Stimmen der SPD zu geben.

Internationale Verständigung

Zur Hamburger Tagung von Vertretern der UNESCO-Modellschulen in der Bundesrepublik erklärte der niedersächsische Kultusminister Dr. Langeheine, daß die UNESCO-Schulen einen bedeutenden Beitrag zur internationalen Verständigung leisten. Die Bundesrepublik, seit 1953 am Modellschulprogramm der UNESCO beteiligt, verfügt gegenwärtig über 15 solcher Modellschulen. In Niedersachsen sind die Bismarckschule in Hannover und das Dom-Gymnasium in Verden UNESCO-Schulen.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Politische Schikanen

Wie deutsche Aussiedler aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten berichten, müssen Jugendliche die Kosten für die Berufsausbildung zurückerstatten, wenn sie in die Bundesrepublik ziehen wollen. Dies sei Voraussetzung für die Erteilung der Ausreisegenehmigung. Außerdem müßten die aussiedlungswilligen Deutschen damit rechnen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder mindestens auf schlechte Posten versetzt zu werden.

Beim Deutschen Roten Kreuz liegen gegenwärtig 515 000 Ausreiseanträge von Deutschen aus Osteuropa, vor allem aus Polen, vor. Die Zahl der Aussiedlungswilligen wird wesentlich höher geschätzt.

Maßnahmen für den Zonenrand

30 Millionen DM Bundesmittel für Maßnahmen in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze hat der Arbeitskreis „Zonenrandgebiete der Bundesrepublik“ auf einer Tagung in Bad Harzburg für 1967 gefordert. Der Arbeitskreis, dem die Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein angehören, hat sich dafür ausgesprochen, die Förderung der Zonenrandgebiete künftig auf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Mitteldeutsche werden entschädigt

Die 19. LAG-Novelle wird auch die seit langem erstrebte Stundung der Abgabepflicht zum Lastenausgleich für diejenigen bringen, die Verluste in ihrer mitteldeutschen Heimat nachweisen können. Für die Betroffenen bedeutet das eine Entlastung um insgesamt etwa 100 Mill. DM.

Gegen Verzichtserklärungen

Die Seniorenkonferenz des Hochschulrings der Ackermann-Gemeinde in Mainz beschäftigte sich unter anderem auch mit der innerdeutschen Diskussion über die Ost-West-Beziehungen und der Arbeit der Vertriebenenverbände.

Die Sprecher der einzelnen Hochschulgruppen bedauerten die in letzter Zeit bekanntgewordenen Äußerungen bestimmter westdeutscher Studenten und Studentenverbände, die gegen die Anliegen der heimatvertriebenen Deutschen gerichtet waren und die einen Mangel an Sachkenntnis und Verantwortungsgefühl für das Gesamtinteresse des deutschen Volkes erkennen ließen.

Das VI. Ostpreußentreffen

Dr. Gradl: Gerechtigkeit für das deutsche Volk

Über 100 000 Ostpreußen bekundeten bei dem VI. Bundestreffen in Düsseldorf am letzten Wochenende ihre unverbrüchliche Treue zur Heimat und zur Einheit des ganzen deutschen Volkes.

Alle drei Jahre versammeln sich in Düsseldorf die vertriebenen Ostpreußen, um aller Welt zu zeigen, daß auch nach ihrer zwanzigjährigen Vertreibung die Verbundenheit zur alten Heimat ungebrochen ist. Auch das VI. Bundestreffen, das unter dem Motto: „Ostpreußen — deutsche Leistung und deutscher Auftrag“ stand, war ein Beweis, daß die Ostpreußen sich dem Auftrag verpflichtet fühlen, standfest und geduldig an den unveräußerlichen Rechten, die dem deutschen Volk vorenthalten werden, festzuhalten.

Zur Eröffnung des Bundestreffens hatte Bundesvertriebenenminister Dr. J. Baptist Gradl, der die Größe der Bundesregierung überbrachte, drei grundsätzliche Feststellungen zur gesamtdeutschen Politik verkündet. Dr. Gradl sagte u. a.:

● „Keiner in unserem Land, der politisch ernst genommen werden will, ist wohl so naiv anzunehmen, daß ein Friedensvertrag in allen Stücken unserem Wunsch und Willen entsprechen wird. Ein total verlorener Krieg kann nicht nachträglich ungeschehen gemacht werden. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, bei einer Ordnung aller Dinge auch dem deutschen Volk und seinen vielhundertjährigen Leistungen Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Wir unsererseits sind bereit, für eine friedvolle, versöhnliche und dauerhafte Gemeinschaft mit den östlichen Nachbarvölkern unseren Beitrag zu leisten.“

● „Alles, was bisher aus Moskau und Warschau zur Lösung der deutschen Frage amtlich verlautet, zielt auf die Erhaltung des Status quo, zielt auf Unterwerfung und Zerstückelung. Darauf kann es nur eine Antwort geben: besonnen, aber zäh und fest unseren Standpunkt entgegenseetzen. Ubrigens sehen wir mit Interesse, wie sich die Sowjetunion zur Verteidigung gegen chinesische Gebietsansprüche auf das Heimatrecht beruft.“

● Die Bundesregierung hat in der Tat das Recht, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Sie und nur sie ist in freien und geheimen Wahlen als deutsche Regierung legitimiert. Aber gerade deshalb muß sie in allem Tun und Lassen an alle Deutschen und an das ganze Deutschland denken. Das Alleinvertretungsrecht legt uns die Pflicht auf, Sorge zu tragen auch für Mitteldeutschland, Sorge zu tragen auch für Ostdeutschland.“

Höhepunkt des Treffens war eine öffentliche Großveranstaltung, bei der Ministerpräsident Dr. Meyers besonders die Leistungen der Ostpreußen beim Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen hervorhob. Dr. Meyers sagte: „Mehr als ein Viertel der Vertriebenen aus Ostpreußen ist nach 1945 in das Land Nordrhein-Westfalen gekommen; das bedeutet, daß fast 400 000 Ostpreußen nun schon seit Jahren in unserem Lande leben und arbeiten, daß sie unsere Sorgen und Freuden teilen und daß sie vor allem durch ihre Arbeitsleistung mit beigetragen haben zur Wirtschaftskraft und zur wirtschaftlichen Leistung dieses Landes.“

Für diese Hilfe, die die Ostpreußen uns hier in Nordrhein-Westfalen geleistet haben, möchte ich Ihnen allen, meine ostpreußischen Freunde, bei dieser Gelegenheit nochmals aufrichtig und herzlich Dank sagen.“

Zum Schluß führte Dr. Meyers aus, daß ein Vertriebenentreffen zum Anlaß genommen werden sollte, Rechenschaft über den Einheitswillen des deutschen Volkes abzulegen. „In jedem Falle aber soll und darf ein solches Treffen nicht zu Ende gehen“, so sagte der Ministerpräsident, „ohne daß wir alle uns wieder — von Mensch zu Mensch — in der mitbürgerlichen Einheit erkennen, in der wir als Deutsche miteinander verbunden sind und verbunden bleiben, wie immer das politische Schicksal unseres Volkes in der Welt sich gestalten mag. Nur aus einer solchen mitbürgerlichen Gesinnung der Verbundenheit zwischen Einheimischen und Vertriebenen, zwischen allen Deutschen diesseits und jenseits aller Grenzen, die unser Land durchziehen, werden wir die Kraft gewinnen, in unserem Alltag schon heute Wirklichkeit werden zu lassen, was unserem Volk als wichtigste und größte politische Aufgabe in dieser Zeit gestellt ist: — ‚in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.‘“

„Revisionistische“ Briefmarken

Postsendungen aus der Bundesrepublik, die mit „revisionistischen“ Briefmarken frankiert sind, will die polnische Post nicht befördern. Als „revisionistisch“ werden Briefmarken der Städteserie bezeichnet, die Motive von Stettin und Königsberg zeigen.

Dr. Gradl weist Norden zurück

Bundesvertriebenenminister Dr. J. Baptist Gradl hat die Angriffe der Chepropagandisten der SED, Norden, gegen den Forschungsbeitrag für Fragen der Wiedervereinigung entschieden zurückgewiesen. Norden hatte die Arbeit des Beirats als einen offenen Bruch der Charta der Vereinten Nationen bezeichnet. Ziel des Forschungsbeirats sei es, so erklärte Dr. Gradl, bei der Wiedervereinigung die Produktivität und den Lebensstandard der Zone auf das Niveau der Bundesrepublik zu heben.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Heinz Winkler, R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Erfolgreiches 1. Halbjahr

Vielversprechende Entwicklung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Tätigkeitsbericht des ersten Halbjahres 1966 der Konrad-Adenauer-Stiftung weist eine bemerkenswerte Zwischenbilanz aller in ihrem Rahmen geleisteten staatsbürgerlichen Bildungsarbeit auf.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die als Dachorganisation die Politische Akademie Eichholz, das Institut für Internationale Solidarität, die Studienförderung und das Forschungszentrum umfaßt, zählt jetzt 86 hauptamtliche Mitarbeiter, von denen 12 im Ausland arbeiten. Der Haushalt der Stiftung beläuft sich auf 9,4 Millionen DM, wovon der überwiegende Teil aus öffentlichen Mitteln stammt.

Die vier Teilbereiche der Stiftung konnten Umfang und Ausdehnung ihrer Tätigkeit beträchtlich steigern. So wurde in der Politischen Akademie Eichholz ein umfangreiches Bildungsprogramm abgewickelt, aus dem zwei deutsch-französische Tagungen, eine deutsch-belgische Studienkonferenz, 11 Studientagungen für verschiedene Berufszweige, 9 Fachtagungen, 11 politische Seminare sowie vier Studenten Seminare herausragen.

Das Institut für Internationale Solidarität, das wie bisher Projekte der Erwachsenenbildung in Lateinamerika (11 Länder), Afrika (4 Länder) und Asien (3 Länder) betreute, führte u. a. im ersten Halbjahr 1966 zwei Studien Seminare für brasilianische Gewerkschaftler sowie zwei Begegnungstreffen mit afrikanischen und asiatischen Studenten durch. Die durch die Studienförderung finanziell unterstützten Studenten, die an wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik studieren, stieg im Berichtszeitraum auf 73. Das bedeutet gegenüber dem Wintersemester 1965/66 eine Zunahme um 17 Stipendiaten.

Das Forschungszentrum, als vierter Teilbereich Anfang 1966 in die Konrad-Adenauer-Stiftung eingegliedert, hat ebenfalls schon sichtliche Erfolge in der politischen Grundlagenforschung zu verzeichnen. Ge-

genwärtig konzentriert sich die Arbeit des Forschungsstabes auf Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und Probleme der Entwicklungspolitik in Afrika und Lateinamerika.

Für die kommenden sechs Monate sind drei wissenschaftliche Arbeitstagungen und zwei internationale Seminare in der Politischen Akademie Eichholz vorgesehen, während das Institut für Internationale Solidarität neben Studien Seminare mit Afrikanern und lateinamerikanischen Politikern auch sieben Tagungen mit Studenten aus Übersee durchführen wird.

Prioritäten im Hochschulbau

Finanzlage Niedersachsens zwingt zu abgestuften Bauplänen

Der niedersächsische Kultusminister Richard Langeheine (CDU) vertrat in Osnabrück die Ansicht, daß ein Nahprogramm für den beschleunigten Hochschulausbau einem langfristigen Ausbauprogramm momentan vorzuziehen sei.

Als Begründung dafür nannte Minister Langeheine die außerordentliche schwierige Finanzlage des Landes, die, um auf diesem Sektor überhaupt sinnvoll weiterarbeiten zu können, Schwerpunkte und Prioritäten erfordere. Das vom Kultusministerium entwickelte Nahprogramm würde sich auf 1,5 Milliarden DM belaufen, wogegen die Kosten für den Gesamtausbau auf ca. 3,6 Milliarden DM geschätzt werden.

Das aufwendigste Projekt innerhalb des niedersächsischen Hochschulprogramms ist der Ausbau der Universität Göttingen, der insgesamt 1,2 Milliarden DM erfordern wird. Dafür sind im Nahprogramm vorerst 770 Millionen DM vor-

Um auch kinderreichen Familien sowohl finanziell wie hinsichtlich der Unterbringung einen gemeinsamen Ferienaufenthalt zu ermöglichen, hat die nordrhein-westfälische Landesregierung Meyers vor allem durch die Initiative des Arbeits- und Sozialministers Konrad Grundmann die Aktion „Familienerholung“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative werden Familienferienheime mit Landesmitteln erheblich unterstützt.

Das Land hat allein in den letzten vier Jahren unter der Regierung Meyers und unter der Verantwortung des Sozialministers Grundmann für die Familienerholung 8,75 Mill. DM zur Verfügung gestellt und weitere 11,2 Mill. DM für Investitionen in Familienferienheime bewilligt, so daß allein in diesen letzten vier Jahren rund 100 000 Personen in einem solchen Familien-Ferienheim den Urlaub verbringen konnten.

gesehen, eine Summe, die mit Sicherheit die Ausführung der dringendsten Bauvorhaben sicherstellen würde.

Diskutiert wird z. Z. noch das Angebot der gewerkschaftseigenen Wohnungsbau-gesellschaft „Neue Heimat“, die vorgesehenen Gesamtprogramme im niedersächsischen Hochschulbau in zehn Jahren fertigzustellen. Bei einem Volumen von 1,2 Milliarden DM für die Göttinger Universität zu einem Zinssatz von sieben Prozent und einer Laufzeit von 25 Jahren würden die effektiven Kosten für das Land rund 2,4 Milliarden DM betragen. Kultusminister Langeheine sieht es als problematisch an, Niedersachsen auf eine so lange Zeit vertraglich zu immer höher werdenden Leistungen zu verpflichten.

Planung in die Zukunft

1975 werden 500 000 alte Menschen in Rheinland-Pfalz leben

In Rheinland-Pfalz werden im Jahre 1975 rund 500 000 alte Menschen leben. Schon heute muß bei der Errichtung von Altenheimen dieser Situation Rechnung getragen werden.

Staatssekretär Matthes vom Sozialministerium des Landes nannte diese Zahl und wies darauf hin, daß nach einer allgemein gültigen Fautsregel etwa 5 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe eine Betreuung im Altenheim wünschen. Das bedeutet, von der heutigen Situation her gesehen, einen Fehlbedarf von etwa 15 000 Betten und bauliche Investitionen in Höhe von 600 Millionen DM.

Legt man wiederum den bisherigen Förderungsmaßstab des Landes zugrunde, heißt das, daß Rheinland-Pfalz Zuschüsse in Höhe von 200 Millionen DM leisten muß, wozu dann noch verbilligte Heimförderungsdarlehen und Tilgungszuschüsse kommen. Seit Jahren zeigen die für solche Zwecke aufgewendeten Mittel

des Landes eine steigende Tendenz: Der Landtag bewilligte dem Sozialministerium 1961 noch 500 000 DM; 1965 waren es bereits acht Millionen DM. Mit Hilfe dieser Mittel war es möglich, in den letzten fünf Jahren die Heimplätze um 2400 auf insgesamt 9000 zu erhöhen.

In Rheinland-Pfalz werden zur Zeit die ersten Bedarfsermittlungen vorgenommen, um zu einem Altenhilfeplan zu kommen. Grundsatz dabei sei, so erläuterte der Staatssekretär, daß dem alten Menschen je nach seiner Situation die Möglichkeit gegeben werden müsse, zwischen einer eigenen Wohnung, dem Altenheim oder dem Platz in der eigenen Familie zu wählen.

Pankow kneift

Zu dem Scheitern des Redneraustausches erklärte der Berliner CDU-Vorsitzender Franz Amrehn:

Der Wind aus Pankow bläst wieder kälter. Nach den abwechselnd liebenswürdigen und drohenden Erklärungen geben die Zonenmachthaber mit der Aufstellung neuer und unzumutbarer Forderungen ihr Spiel mit dem Redneraustausch offenkundig auf. Den Kommunisten ging es nicht um bessere menschliche Beziehungen, sondern vor allem um mehr Macht in der Bundesrepublik. Sie haben erkannt, daß ihnen der Weg dazu versperrt bleibt. Pankows öffentlicher und lautstarker Rückzug vor den festgelegten Terminen für Chemnitz und Hannover bleibt ein Erfolg des Entschlusses der Sozialdemokraten, die SED beim Wort zu nehmen. Vor den befürchteten Folgen ihrer eigenen Courage haben die Kommunisten nun kapituliert. Diese neue Lehre sollten sich manche gutgläubigen Gemüter ins Stammbuch schreiben, die sich von dem Redneraustausch sogleich einen ersten Schritt zur Überwindung der Spaltung versprochen